Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen
Bocholt, Nobelstr. 6
Fernruf 92 und 97
Rhede: J. Heinrichs
Anholt: W. Wolfsing
Werth: Th. Parras
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 65 | Montag, den 7. März | Jahrgang 1927

Tagesfragen.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums hat der sozialdemokratische Abg. Hoch eine vollständig negativ eingestellte Rede gehalten und nachzuweisen versucht, daß die bürgerlichen Parteien es nicht ernst mit ihren sozialpolitischen Anträgen genommen hätten. Ohne auf parteipolemische Bemerkungen einzugehen, verdient festgehalten zu werden, daß es in erster Linie Abgeordnete bürgerlicher Parteien, vor allem des Zentrums, waren, welche die deutsche Vorkriegs-Sozialpolitik tatsächlich geschaffen haben. Krieg und Inflation haben insbesondere das soziale Versicherungsgebäude in seinen Grundlagen erschüttert. Mit Recht hat Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betont, daß die Sozialpolitik der Nachkriegsjahre in erster Linie mit der Behebung der größten Miß- und Notstände ausgefüllt war, und daß für die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft durch sozialpolitische Maßnahmen wenig Zeit und Raum übrig geblieben ist. Trotzdem muß festgehalten werden, daß die meisten sozialpolitischen Gesetze der Nachkriegszeit unter dem vom Zentrum gestellten Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und unter entscheidender Mitwirkung der Fraktion des Zentrums zustande gekommen sind. Was wir an der Rede des Abgeordneten Hoch vermißten, das ist das mangelnde Programm der deutschen Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiet. Die Zukunftsziele des deutschen Sozialismus sind zerronnen. Von der Sozialisierung der Wirtschaft und ähnlichen uferlosen Plänen hörten wir kein Wort mehr. Die Sozialdemokratie will auch künftig die Sozialreform durch weitgehende Anträge vorantreiben, andere Ziele hat sie nicht. Sie will ferner mit den Schlagworten „Besitzbürgerblock“, „Schwarzblauer Block“, „politische Reaktion“ usw. die Arbeiterschaft für ihr Parteigeschäft interessieren. Das ist alles! Wir sind davon überzeugt, daß auch unter der jetzigen bürgerlichen Regierung die soziale Gesetzgebung in einer, der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angemessenen Weise fortgeführt werden wird. Den besten Beweis dafür erbrachte die Rede des Reichsarbeitsministers, wie jene des Abgeordneten Becker (Arnsberg), welche die sozialpolitischen Aufgaben, so wie sie das Zentrum sieht, im einzelnen umschrieben hat. Wenn die Sozialdemokraten dabei immer wieder riefen: „Was sagen dazu die Minister der Rechten,“ so antworten wir mit den Ausführungen des Abgeordneten Becker, der wörtlich sagte: „Die Rechtsparteien werden nicht so dumm sein, um an den sozialpolitischen Leistaufgaben das jetzige Kabinett zum Scheitern zu bringen.“ Was aber den parlamentarischen Kampf anbelangt, so denkt im Zentrum niemand daran, nach den Methoden der Vorkriegszeit auf die Sozialdemokraten loszubauen. Die Verhältnisse haben sich nicht nur für das Zentrum, sondern auch für die Sozialdemokratie grundlegend geändert.

*

Nach Zeitungsmeldungen hat in einer Mitgliederversammlung des Reichsbanners in Leipzig der Reichstagsabgeordnete Fleißner, der ehemalige Sächsische Kultusminister, geradezu empörende Angriffe gegen Marx gerichtet. Er verspottete und verhöhnte den Gedanken der Volksgemeinschaft, den der Reichskanzler immer vertreten hat und sagte, die Sozialdemokraten würden für solche „hirnverbrannte Ideen“ danken. Nach den gleichen Zeitungsmeldungen hat Fleißner dann ferner sich in folgender Form geäußert:

„Die Kämpfe, die die Sozialdemokraten jetzt durchzufechten hätten, seien Machtkämpfe. Sie müßten sich deshalb ganz besonders den Reichsbannerkameraden Zentrum ansehen. Wenn man die Haltung von Marx bei der Keudell-Affäre beachte, wenn man höre, wie Marx Keudell seinen „treuen Mitarbeiter“ nenne, dann frage man sich: „Kann sich ein Republikaner noch mehr prostituieren?“

Wir fordern von der Reichsbannerleitung Genugtuung für diese unerhörten und empörenden Angriffe, die wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen. Fleißner ging allerdings gegen die Reichsbannerleitung selber auch sehr scharf vor, er lehnte die Stellungnahme Hörsings ab und meinte im übrigen, wenn in Zentrumskreisen die Ansicht laut werde, daß das Reichsbanner seine Schuldigkeit getan habe, dann sollten die, die gehen wollten, gehen. Dann würden die Sozialdemokraten die Sache allein machen! Gerade diese ausfällige Rede Fleißners zeigt, wie dringend notwendig es ist, daß ein klares Verhältnis zum Reichsbanner geschaffen wird.

*

Der Vorhang über der Bühne der diesmal unter dem Vorsitz Deutschlands stattfindenden Völkerbundsratstagung hebt sich. Unter tätiger Teilnahme der führenden Außenminister kann heute das diplomatische Spiel seinen Anfang nehmen. Dr. Stresemann traf am Sonntag früh gleichzeitig mit dem Führer der italienischen Delegation in Genf ein. Ungefähr zur selben Stunde kamen Briand und Chamberlain an, etwas später Herr Benesch von der Tschechoslowakei. Der polnische Außenminister Saleski war schon da und Vandervelde trifft am Montag früh ein, gerade noch rechtzeitig genug, um an der ersten geheimen Sitzung teilzunehmen, die um 11 Uhr beginnt. Ungefähr 100 Journalisten haben ihre Federn gespitzt. Das diesmalige Programm von Genf haben wir bereits kurz zusammengefaßt. Nach Andeutungen Chamberlains scheint der englische Außenminister in den polnischen Fragen eine Vermittlertätigkeit ausüben zu wollen. Nach allen bisherigen Erfahrungen wird man den Stand der deutschen Delegation gerade wegen dieser Vermittlertätigkeit nicht leicht finden können. Ob die Abrüstungsfrage nicht von vornherein der Vertagung anheimfällt, ist noch ungewiß, ebenso, ob Chamberlain eine Diskussion über das chinesische Problem wünscht oder ob eine andere Macht auch gegen einen solchen Wunsch eine derartige Diskussion heraufbeschwören wird. Die Frage, ob die von den Mandatsmächten verwalteten Kolonien das Recht auf Petitionen an den Völkerbund haben, ist bekanntlich auf der letzten Ratstagung von den Großmächten in ziemlich brüsker Form beiseite gestellt worden. Sie wird nun diesmal neu auftreten und es scheint, als ob eine Gruppe von kleineren Mächten entschlossen ist, zu dieser Angelegenheit einiges vorzubringen. Es liegt ein umfangreiches Programm vor, und es befinden sich Punkte darunter, die für Deutschland von sehr großem und sehr ernstem Interesse sind. Ob darüber hinaus die dringenden und ungelösten Probleme der großen europäischen Politik in Angriff genommen werden, dürfte selbst den betreffenden Ministern im Augenblick noch nicht klar sein. Briand hat in seinem bekannten Interview ja immerhin den Anschein erweckt, als ob solche Anregungen sich weiter entwickeln könnten. Der deutsche Standpunkt, daß wir nun unsererseits erwarten, was Frankreich zu den bekannten Anregungen sagt, dürfte sich nicht geändert haben. Darüber, daß die Räumung der Rheinlande eine europäische Notwendigkeit ist, dürfte selbst in Kreisen dieses Völkerbundsrates kaum noch ein Zweifel bestehen, auch nicht darüber, daß es in ganz Deutschland in diesem Punkte nur eine einmütige Meinung gibt.

*

Am 24. April ist also der große Wahltag für Oesterreich; die Auflösung des Nationalrates ist beschlossen. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß das sozialdemokratische Lager festgeschlossen in sich und mit dem offensiven Kampfruf „Eroberung der Mehrheit“ in den Kampf zieht. Ob die bürgerlichen Richtungen sich einigen werden, steht dahin; die christlichsoziale Partei als der Turm des Bürgertums läßt es an Entgegenkommen gegenüber den übrigen bürgerlichen Parteirichtungen gewiß nicht fehlen. Die großdeutsche Volkspartei hat bisher lediglich einen relativ bindenden Beschluß im Sinne der Einheitsliste gefaßt, indem den Landespartei- und Wahlkreisleitungen freigestellt wurde, eine Einheitsliste mit der christlichsozialen Partei einzugehen oder selbständig zu kandidieren. Dieser Verzicht auf die stramme Zusammenfassung der Partei birgt Gefahren in sich, deren größte diejenige ist, daß bürgerliche Reststimmen unter den Tisch fallen. Für Wien scheint jedoch grundsätzlich die Einheitsfront beider Parteien beschlossen; man wird sich beeilen müssen, auch in den Ländern eine klare Parole zu geben, denn die Kürze der Zeit erfordert Klarheit und Handeln, nicht aber langwieriges Beraten. Mit den kleinen Parteigründungen, die meist aus persönlichen Gründen irgendwo auftauchten, wird noch verhandelt, so daß noch nicht gesagt werden kann, ob Vernunft oder persönliche Stimmung bzw. Mißstimmung entscheidet. Der Landbund hat seinen ursprünglichen, die Einheitsfront ablehnenden Standpunkt aufrecht erhalten und begründet diesen damit, daß er erwarte, auf diese Art der sozialdemokratischen Front erfolgreicher entgegentreten zu können, als in einer Einheitsliste; der Landbund erwartet besonders im Burgenland einen starken Zulauf bäuerlicher Wähler. Ob sich dies bewahrheiten wird und der Landbund gestärkt in den neuen Nationalrat einzieht, wird wohl erst der Wahlausgang lehren. In den Ländern hat die sozialdemokratische Wahlwerbung kaum die Möglichkeit, über das bisherige Maß ihrer Wähler Stimmen zu erwerben; die Entscheidung liegt sonach in Wien, wo im letzten Wahlgang 460 000 bürgerliche und 570 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Da erstere in mehrere Richtungen zersplittert waren, beherrscht heute eine sozialdemokratische Zweidrittelmajorität das Wiener Rathaus. Daraus wäre aber auch die logische Schlußfolgerung zu ziehen, wo auf bürgerlicher Seite einzuhaken wäre.

Die Tagung des Völkerbundsrats.

Die großen politischen Probleme.

Genf, 5. März. Die Tagung des Völkerbundsrats wird Montag um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz von Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann eröffnet werden. Der polnische Minister des Aeußern, Zaleski, traf zusammen mit dem polnischen Vertreter beim Völkerbunde, Sokal, heute abend in Genf ein. Es ist möglich, daß schon am Sonntag zwischen den in Genf anwesenden Staatsmännern, die sich sicherlich gegenseitig besuchen werden, Besprechungen beginnen werden.

Man nimmt an, daß der polnische Minister des Aeußern bereits am Montag mit Dr. Stresemann die deutsch-polnischen Beziehungen und namentlich die Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen besprechen wird.

Auf der Tagesordnung der bevorstehenden Ratstagung stehen u. a. drei Fragen, denen politische Bedeutung zukommt. Es handelt sich um Fragen betreffend das Saargebiet, insbesondere um die Aufstellung einer Eisenbahnschutztruppe und um die Wahl der Mitglieder der Regierungskommission und die deutsch-polnischen Beziehungen, namentlich um die Frage der deutschen Schulen in Oberschlesien und um die Stellung der ungarischen Optanten in Rumänien. In Bezug auf die zweite Frage wünschen die Polen, daß der Rat einem Kontrollsystem zustimmt, durch welches verhindert würde, daß die deutschen Schulen, die für die deutsche Minderheit bestimmt sind, auch von Kindern polnischer Sprache besucht werden. Es ist auch möglich, daß die Verhältnisse in China in der einen oder anderen Form vom Rate behandelt werden. Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat, Schu, trifft frühestens Sonntag abend oder Montag in Genf ein.

*

Die erste Fühlungnahme.

() **Genf, 6. März.** Im Laufe des heutigen Nachmittages hat die erste Fühlungnahme zwischen den hier anwesenden Außenministern stattgefunden. Um 3 Uhr suchte Chamberlain Briand auf, der vorher längere Zeit mit dem rumänischen Vertreter im Völkerbundsrat, Titulescu, verhandelt hatte. Kurz nach 5 Uhr erschienen bei Briand Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schubert sowie Ministerialdirektor Dr. Gaus.

Es verlautet, daß in der heutigen ersten Unterredung lediglich im großen die auf der Tagesordnung stehenden Fragen durchberaten werden. Im Vordergrunde stehen gegenwärtig die Verhandlungen über den Rückzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet. Der deutsche Standpunkt geht bekanntlich dahin, das belgische Mitglied der Saarregierung, Lambert, zurückzuziehen und an dessen Stelle einen Neutralen zu ernennen. Ferner wird deutscherseits nach wie vor die Einführung des internationalen Bahnschutzkorps im Saargebiete abgelehnt, da hierfür jede rechtliche Basis im Versailler Vertrage fehlt. Da nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Abstimmung hierüber im Völkerbundsrat mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgt, besteht somit die Möglichkeit, daß der deutsche Vertreter, falls er bei der bisherigen Stellungnahme bleibt, in die Minderheit gerät. Gegenwärtig dürften Kompromißverhandlungen im Gange sein. Die deutsch-polnischen Fragen sind in den Verhandlungen des heutigen Nachmittages noch nicht zur Sprache gelangt. Eine Fühlungnahme zwischen Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski hat bis zur Stunde noch nicht stattgefunden und ist vorläufig auch noch nicht vorgesehen.

Also doch Rheinlandbesprechungen?

:: **Paris, 5. März.** Die gesamte Pariser Abendpresse widmet dem Auftakt der Genfer Völkerbundstagung längere Betrachtungen, in denen sie die verschiedenen Probleme erörtert, die in Genf zur Sprache kommen oder behandelt werden könnten — Der „Temps“ meint, man müsse sich hüten, aus der Fühlungnahme des englischen und französischen Außenministers anläßlich ihrer gemeinsamen Fahrt den Schluß zu ziehen, daß sie irgendwelche Entscheidungen treffen würden. In Genf seien keine anderen Beratungen vorgesehen, als die über die auf der Tagesordnung der ordentlichen Ratssitzung stehenden Fragen. Zu dem englisch-russischen Konflikte meint das Blatt, es sei kaum wahrscheinlich, daß Chamberlain nach den Erklärungen im Unterhause, die seinen Willen, nicht mit Rußland zu brechen, bekundeten, das heikle Problem in Genf erneut aufrollen wolle. Auch die vorzeitige Rheinlandräumung könne in Genf nicht zur Sprache kommen, da sie solange nicht den Gegenstand von Verhandlungen bilden werde, als Deutschland keinen bestimmten Vorschlag mache, der eine brauchbare Grundlage sowohl hinsichtlich der Durchführung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage, wie der für die Sicherheit im Westen notwendigen Garantien ergäbe. Daß Dr. Stresemann in den Privatbesprechungen mit Briand, Chamberlain und Vandervelde die Frage der vorzeitigen Befreiung des deutschen Gebietes berühren werde, sei wahrscheinlich, aber seine Partner würden immer daran erinnern, daß es Realitäten gäbe, die keine ihrer Verantwortung bewußte Regierung ignorieren könne.

Deutscherseits ist zu diesen Ausführungen zu bemerken, daß die Versuche der französischen nationalistischen Presse, für eine Nichtbesprechung der Rheinlandräumung Vorwände zu finden, allmählich grotesk wirken. Es kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß die Rheinlandräumung in Genf besprochen werden muß, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Frankreich nach Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen Deutschlands aus den Verträgen die Verpflichtung hat, die Rheinlande zu räumen. Der Versuch diese Frage nicht anzuschneiden oder Schwierigkeiten für die im Interesse Frankreichs gelegene Räumung der Rheinlande zu konstruieren, muß daher als ein durchsichtiges taktisches Manöver bezeichnet werden, das in Deutschland nur Unwillen und Erstaunen erregen kann.

*

Die Danzig-polnischen Fragen.

Genf, 5. März. Dem Finanzausschuß des Völkerbundes ist es heute nachmittag nach dreitägigen Beratungen gelungen, inbezug auf § 4 des Danzig-polnischen Zollabkommens über die Befugnisse der polnischen Zollkontrolleure in Danzig Vorschläge aufzustellen, die das Zustandekommen eines Kompromisses zwischen Danzig und Polen in der Interpretierung dieses Artikels wahrscheinlich machen. Die Vorschläge, die die Zollsouveränität der Freien Stadt Danzig gewährleisten, haben bereits die grundsätzliche Zustimmung der Danziger Delegation wie auch des polnischen Unterhändlers Strasburger gefunden; dieser hat allerdings die endgültige Zustimmung Polens von der Entscheidung des polnischen Ministers des Aeußern Zaleski abhängig gemacht. Man nimmt an, daß Polen am Sonntag oder Montag seine endgültige Zustimmung zu den Vorschlägen des Finanzausschusses geben wird, und daß dann auch inbezug auf das Danziger Tabakmonopol, bei dem Polen anstelle der vorgesehenen 7½prozentigen Beteiligung eine höhere Quote für sich beanspruchte, dadurch eine Lösung erzielt werden kann, daß Polen die Möglichkeit gegeben wird, sich ebenso hoch wie anderes fremdes Kapital an dem Danziger Tabakmonopol zu beteiligen, das jedoch unter Sicherstellung der Danziger Mehrheit fest in den Händen der Freien Stadt bleiben soll.

Der Waffenfund im Wiener Arsenal.

Die Auffindung von Waffen im Wiener Arsenal, welche aller Voraussicht nach zur Ausrüstung des militärisch aufgezogenen sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbundes“ gehören, hat in sozialdemokratischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen; sie wird dort als ein christlich-sozialer Wahltrick bezeichnet, und man hat schon die Ausrufung eines Generalstreiks in Wien, mit dem ja die dortigen Sozialdemokraten immer sehr schnell bei der Hand sind, erwogen. Bisher hat die Regierung über den Waffenfund geschwiegen. Jetzt bringt das „Neue Wiener Journal“ folgende Aeußerungen über die Vorgänge im Arsenal, welche die Rechtsauffassung der Regierung darstellen:

In der Oeffentlichkeit war schon wiederholt davon die Rede, daß im Arsenal von gewisser Seite Waffen verborgen gehalten werden. Auch die interalliierte Militärkommission hat sich mehrfach mit dem Ersuchen um Auskünfte über die angeblichen geheimen Waffendepots an die kompetenten österreichischen Stellen gewendet. Natürlich konnten keine konkreten Auskünfte über das etwaige Vorhandensein von Waffenlagern erteilt werden, weil niemand genau wußte, ob solche überhaupt vorhanden und wo sie verborgen seien. Das Bundesheer hat sich schon seit geraumer Zeit vollständig aus dem Arsenal zurückgezogen. Es blieben nur zwei Arsenalkommissäre, die Majore Marek und Freudenseer, zurück. Major Marek ist seit einiger Zeit erkrankt, so daß Major Freudenseer allein den Dienst versieht. Auf einem dienstlichen Rundgang bemerkte er, wie offiziös berichtet wird, in einem Uhrturm ein mannshohes Loch; der Major vermutete, daß hier ein Einbruch begangen worden sei und hatte umso mehr Grund zu dieser Annahme, als auch am Boden verstreute Waffenbestandteile lagen. Der Major erstattete in Erfüllung seiner dienstlichen Verpflichtung sofort die Anzeige bei dem zuständigen Polizeikommissariat. Eine Gruppe von Kriminalbeamten war sofort zur Stelle und übergab, entsprechend ihren Vorschriften, dem Major die Verwahrung der Waffenbestandteile, nachdem die Vorerhebungen abgeschlossen waren. Major Freudenseer setzte sich mit dem Bundesministerium in Verbindung. Das Bundesministerium dirigierte sofort zwanzig Mann des Infanterieregiments Nr 8, das in der nächstgelegenen, der Rennweger Kaserne stationiert ist, zu den Bergungsarbeiten ab.

Hier setzen nun die sozialdemokratischen Angriffe ein. Die Redner der Opposition behaupteten im Nationalrate, Bundesminister Vaugoin habe eine Gesetzesverletzung begangen, als er, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen eine militärische Assistenz ablommandierte, ohne vom Landeshauptmann oder von der Polizei darum ersucht worden zu sein. Dieser Vorwurf erscheint völlig unberechtigt. Bei der Ablommandierung der zwanzig Mann aus der Rennweger Kaserne handelte es sich keineswegs um eine militärische Assistenzleistung nach Paragraph 2 des Wehrgesetzes, also im Falle von Unruhen oder Elementarkatastrophen, sondern um nichts anderes als um eine Bergungsarbeit, die im eigenen Wirkungskreis angeordnet werden kann. Der Charakter der militärischen Intervention als einer reinen Bergungsarbeit geht schon daraus hervor, daß das Bundesministerium die zwanzig Mann beauftragte, sich mit Säcken zur Durchführung der Arbeit auszurüsten. Bald stellte sich die Unmöglichkeit heraus, die ungeheuer schwierige Arbeit mit zwanzig Mann durchzuführen. Ueberdies war eine Ablösung der ermüdeten Mannschaft notwendig. Die Bergungsarbeiten wurden daher später von anderen militärischen Abteilungen weiter geführt, die jedoch niemals stärker als hundertzwanzig Mann waren. Es ist vollkommen unrichtig, zu behaupten, daß das Bundesministerium „verläßliche“ Wehrbundkompagnien ausgewählt hätte. Die Auswahl wurde lediglich noch Nützlichkeitsgründen getroffen. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß das Militär mit Demonstranten in den späten Abendstunden wegen seines freien Abzuges verhandelt hätte. Derartige Verhand

Anfügen wurden nicht gestört. Was die angeblichen Demonstrationen betrifft, so sei festgestellt, daß die Arsenalarbeiter selber sich vollständig passiv verhielten. In den späten Nachmittagsstunden kam es zu kleinen Ansammlungen vor dem Eingang des Arsenals, die jedoch von der Polizei sofort zerstreut wurden. Unter diesen Demonstranten befanden sich allerdings eine Reihe von Republikanischen Schutzbündlern, die mit Ochsenziemern ausgerüstet waren, die metallene Köpfe hatten.

Als völlig unhaltbar muß die Behauptung der Sozialdemokraten angesehen werden, als ob es sich bei den gefundenen Waffenbestandteilen um „wertloses, verrostetes Altmaterial" handelte. Die fachmännische Prüfung hat ergeben, daß es sich um vollkommen brauchbare Gewehrbestandteile — Kolben, Läufe, Schäfte und Verschlußstücke — handelt, die jederzeit zusammengesetzt und als moderne Gewehre verwendet werden können. Die Waffen wurden sofort nach Kaiser-Ebersdorf transportiert, wo sie gegenwärtig militärisch bewacht werden. Die interalliierte Militärkommission brachte den Fall zur Sprache und forderte Auskünfte. Ein Offizier des Bundesministeriums für Heerwesen begleitete die Herren nach Kaiser-Ebersdorf, wo die interalliierte Militärkommission eine Bestandaufnahme der Waffen vornahm, die Stücke in Eile bezeichnete und sich ihre endgültige Entschließung vorbehielt.

Ihren politischen Charakter erhält die Angelegenheit nur durch die Aufrollung der Frage, wer eigentlich ein Interesse daran haben kann, daß Gewehre in so großer Zahl versteckt und vermauert werden. Oesterreich hat gewiß kein Interesse daran, um so weniger, als man in der Welt jetzt wieder Anlaß haben kann, seine Abrüstung als mangelhaft zu bezeichnen und das Fortbestehen der militärischen Kontrolle durch Ententeoffiziere zu rechtfertigen. In bürgerlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Interessenten an den geheimen Waffenlagern dort zu suchen sind, wo sich die größte Erregung über ihre Aufdeckung erhebt. Welcher Organisation die Massen gehörten, wird aufzuklärende Sache der polizeilichen Untersuchungen sein. Die Polizei wird sich wohl auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob im Arsenal nicht noch weitere verborgene Waffenlager existieren. Abgeordneter Dr. Danneberg hat dem Heeresminister Vaugoin vorgeworfen, daß dieser ständig vom Arsenal Waffen gekauft habe und darum genau in dieser Frage Bescheid wissen müsse. Demgegenüber wird festgestellt, daß das Bundesheer ein einzigesmal von der Oewag im Arsenal hergestellte Gewehrkolben gekauft hat und daß dieses Geschäft sich im vollen Licht der Oeffentlichkeit abspielte und durchaus in Einklang mit den Abrüstungsverpflichtungen zu bringen ist.

* * *

Wien, 5. März. Heute vormittag war das Gerücht verbreitet, daß Rechtsformationen und die Wehrmacht eine Besetzung des Arsenals planen. In den späten Nachmittagsstunden zogen darauf einzeln und in kleinen Gruppen Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes ins Arsenal. In den Abendstunden waren ungefähr 1000 Mann dort versammelt. Die Schutzbündler hielten sich in zwei Wohngebäuden sowie im Sportkasino ruhig auf. Die Gerüchte, daß der Republikanische Schutzbund das Gebäude 31 besetzt hätte, wo ein zweites Waffenlager verborgen sein soll, bewahrheiten sich nicht. Zwischen 7 und 8 Uhr abends zogen die im Arsenal versammelten Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes wieder ab. Auch die polizeilichen Bereitschaften konnten später zurückgezogen werden. — Auf Grund amtlicher Mitteilungen kann festgestellt werden, daß Gerüchte, die von Zwischenfällen im Arsenal wissen wollen, jeder Grundlage entbehren.

Zur sozialen Verständigung.

Die Richtlinien des Kardinal-Erzbischofs Schulte.

Kardinal Schulte veröffentlicht im „Kirchlichen Anzeiger" vom 1. März die Fortsetzung der Richtlinien über die soziale Verständigung.

Der christliche Gottesglaube beurteilt und lehrt die Berufsarbeit als einen Auftrag Gottes an jeden einzelnen Menschen wie an die gesamte Menschheit. Bei dieser christlichen Auffassung bedeutet für den Menschen die Arbeit mehr noch als Voraussetzung seines materiellen Daseins; sie wird ihm zum hauptsächlichen Mittel, die ihm von Gott gegebenen Anlagen und Fähigkeiten zur selbstbeglückenden Entfaltung zu bringen und ihre Betätigung zugleich in den Dienst der gesamten menschlichen Gesellschaft zu stellen, zunächst und vor allem der Familie und des Volkes.

Die Entwicklung des modernen Erwerbslebens hat unter dem Einfluß eines ausschließlich auf den materiellen Erwerb und Nutzen gerichteten Zeitgeistes im heutigen Menschen diese christliche Auffassung von der Berufsarbeit in weitgehendem Maße zerstört. Kein Stand und keine Berufsschicht ist von dieser verhängnisvollen Schädigung freigeblieben. Am auffälligsten zeigt sich die Erscheinung in der neuzeitlichen Lohnarbeiterschaft, und hier um so mehr, je weniger der Arbeiter eine gelernte Berufsarbeit ausübt und je weniger er in ihr eine gesicherte, ihn als Mensch befriedigende Lebensstellung erreichen kann.

Es muß eine gemeinsame Sorge einer christlichen Sozialbewegung, insbesondere aller auf das Gemeinwohl bedachten Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein, die christliche Auffassung von der Berufsarbeit wieder zur Geltung zu bringen und die zerstörenden Einwirkungen der falschen Auffassungen von der Berufsarbeit in der modernen Wirtschaftsentwicklung nach Möglichkeit zu beseitigen.

1. Die Anschauung, als ob die Fortschritte der Technik mit ihrer Arbeitsteilung und Maschinenverwendung naturnotwendig geistloses Arbeiten bewirken mußten und dadurch jede Berufsfreude für den industriellen Arbeiter unmöglich machten, ist nicht richtig. Die Entwicklung der Technik führt offenkundig zu einer stärkeren Anspannung gerade der geistigen Kräfte des arbeitenden Menschen. Trotz aller technischen Fortschritte wird aber keine ernste Arbeit jemals ohne Mühe, und Opfer bleiben. Jedoch sind die christlichen Beweggründe der Gottes- und Nächstenliebe nach der Erfahrung der Jahrhunderte kraftvoll genug, die in der Arbeit liegende Mühe und Beschwerlichkeit nicht nur starkmütig und mit innerer Zufriedenheit zu ertragen, sondern auch in einen Segen für die höhere Ordnung des sittlich-geistigen Lebens zu verwandeln. Hierin liegt nicht zuletzt der hohe sittliche Wert der Arbeit nach dem Geiste des Christentums.

Eine möglichst gründliche Berufsausbildung des Arbeiters kann nur Segen bringen. Darum sind alle Bestrebungen und Einrichtungen, die solcher Ausbildung dienen wollen, zu unterstützen, besonders jene, die dem jugendlichen Arbeiter zugute kommen. Das gilt z. B. von den sogenannten Berufsschulen, die einer über den Rahmen der reinen Fachbildung hinausgehenden geistigen und sittlichen Berufserziehung dienen sollen, und in denen die bestehenden Möglichkeiten, die Jugend für christliche Berufsauffassung und Lebensart zu gewinnen, nicht allseitig und eifrig genug ausgenutzt werden können. Das kann auch von den in letzter Zeit seitens großer Werke da, und dort eingerichteten Lehr- und Werkschulen gelten, soweit sie unseren christlichen religiös-sittlichen Grundsätzen nicht widerstreiten und dem Wirken der Kirche auf dem Gebiete der Jugenderziehung nicht abträglich sind, vielmehr die Hinführung der Jugend zu christlicher Berufsauffassung sich zum Ziele setzen. Unter dieser wie auch unter der weiteren Voraussetzung, daß sie jede Beeinträchtigung der selbständigen Arbeiterbewegung ablehnen und im Gegenteil Verbindungen mit den Organisationen der christlichen Arbeiterschaft suchen, werden sie das Vertrauen der letzteren gewinnen.

2. In den Werkbetrieben muß eine Betriebsordnung herbeigeführt werden, durch die zwischen Arbeitern und Unternehmern Beziehungen von Person zu Person herbeigeführt werden. Die Pflege solcher Beziehungen wird bei ihnen die Empfindung, als seien ihre beiderseitigen Interessen von Haus aus widerstreitend, überwinden helfen. Wenn auch das Unternehmen als solches oft unpersönlich ist, so müssen doch die leitenden und beaufsichtigenden Persönlichkeiten (Direktoren, Techniker, Meister, Vorarbeiter usw.) als ihre Pflicht ansehen und sich demgemäß zu befähigen suchen, die seelische Seite der Arbeit zu sehen und sich den Arbeitern gegenüber dementsprechend zu verhalten.

3. Beim Vorhandensein solcher persönlicher Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern wird das notwendige Ziel einer solidarischen Förderung der beiderseitigen Belange am ehesten zu erhoffen sein. Die durch die Gesetzgebung vorgesehenen Betriebsräte können, wenn sie ihre Aufgabe richtig erfassen, zu einer Weckung und Steigerung des gemeinschaftlichen Verantwortlichkeitsgefühls hinführen und die Arbeiterschaft zu einer verantwortlichen Mitwirkung an der Verwaltung der Betriebe befähigen. Der Erfolg hängt hier in erster Linie ab von der Auswahl der geeignetsten Persönlichkeiten auf beiden Seiten. Weitere Bedingungen sind: einerseits Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten der betreffenden Erwerbszweige sowie der gesamten Wirtschaft, einträchtiges Zusammenwirken zur Steigerung der Produktion, rationeller Betriebsweise und fortschreitender Qualitätsarbeit, andererseits Wertschätzung der Arbeitskraft in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung neben Kapital, Anerkennung der Anrechte des arbeitenden Standes auf eine der Kulturhöhe des Volkes entsprechende Lebenshaltung und auf einer geistig-sittlichen wie auch sozialen Aufstieg.

4. Von diesem Geiste muß ferner ein Zusammenwirken der Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber getragen sein. Ist es der Fall so werden fruchtbare Arbeitsgemeinschaften die Folge sein. Sie werden zu einem Interessenausgleich wirksam beitragen; auch ein solidarisches Zusammenwirken beiderlei Organisationen zur Steigerung der Produktion und des günstigen Warenabsatzes im Auslande wie im Inlande, zur Wahrung der wirtschaftlichen Belange gegenüber der Gesetzgebung und Verwaltung werden sie fördern. Nicht zuletzt hängt von den Leitungen der beiderseitigen Verbände und ihrer Organe die Herbeiführung einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Zukunft ab. Beide Teile werden in bewußter Abkehr von früheren erfolglosen Methoden bei aller Wahrung der berechtigten Forderungen ihrer Organisation alles zu vermeiden haben, was zu einer Verschärfung der Gegensätze, die immer zum Unheil des Volkswohles ausschlägt, führen kann.

Vortrag von Professor Shotwell in der Deutschen Gesellschaft.

:: Berlin, 6. März. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände hatte heute nachmittag zu einem Teeempfang in die deutsche Gesellschaft eingeladen. Der Einladung waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, der Wissenschaft und der in- und ausländischen Presse gefolgt. Nachdem Exzellenz Schnee die Erschienenen begrüßt hatte, ergriff Professor Shotwell das Wort zu einem Vortrage in englischer Sprache, indem er zunächst die deutschen Aktenpublikation würdigte und sie als ein Monument der historischen Wissenschaft bezeichnete. Er betonte, nicht auf die Frage der Kriegsschuld eingehen zu wollen, da es, wie es ja auch seine Aufgabe sei, die Wirkungen und nicht die Ursachen des Krieges erforschen wolle. Professor Shotwell ging dann an Hand der von Leopold v. Ranke aufgestellten Prinzipien zur Erforschung der Geschichte auf die Methoden der wissenschaftlichen Forschung ein und kam zu dem Schluß, daß man überhaupt nicht von einer Kriegsschuld sprechen könne, sondern nur von einer Kriegsverantwortlichkeit, wobei man aber die Verhältnisse von 1914 berücksichtigen müsse. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die deutsche Aktenpublikation zur Erforschung der Wahrheit wesentlich beitragen möge.

Deutsches Reich.

Besuch des Reichskanzlers beim kranken Reichstagspräsidenten.

= Berlin, 5. März. Reichskanzler Dr. Marx statte heute mittag in Begleitung des Abgeordneten Dr. Moses dem Reichstagspräsidenten Loebe einen Besuch in der Klinik ab und brachte ihm seine Freude über den bisherigen guten Verlauf der Operation zum Ausdruck. Präsident Loebe war über den Besuch sichtlich erfreut und dankte dem Reichskanzler für seine Wünsche.

Der oldenburgische Ministerpräsident beim Reichspräsidenten.

◆ Berlin, 5. März. Der Reichspräsident empfing heute den oldenburgischen Ministerpräsidenten von Finckh.

Der neue preußische Justizminister hat sein Amt übernommen.

= Berlin, 5. März. Wie die Zeitungen erfahren, hat der neue preußische Justizminister Schmidt heute den Eid geleistet und die Geschäfte des Ministeriums übernommen.

Die Verlängerung der ermäßigten Lebensmittelzölle.

◇ Berlin, 5. März. Zu den Blättermeldungen über den Beschluß des Reichskabinetts, die Geltungsdauer der ermäßigten Lebensmittelzölle bis zum 31. Juli zu verlängern, wird den Zeitungen mitgeteilt, daß dieser Kabinettsbeschluß nicht durch Gesetz, sondern auf dem Verordnungswege durchgeführt werden wird.

Eine deutsche Beschwerde über die Berliner polnische Gesandtschaft.

◇ Berlin, 5. März. Die Berliner polnische Gesandtschaft hatte im vorigen Monat den ausländischen Missionen in Berlin eine Darstellung über die Aussetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zugestellt, worin der deutschen Regierung eine Erpressungstaktik unterstellt worden war. Wie die Blätter hören, hat der deutsche Gesandte in Warschau gegen das Verhalten der polnischen Gesandtschaft Beschwerde bei der Warschauer Regierung erhoben.

Dr. Apelt zum sächsischen Innenminister ernannt.

+ Dresden, 5. März. Der Ministerpräsident hat den Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Leipzig, Dr. jur. Willibald Apelt, zum Minister des Innern ernannt. Apelt ist Demokrat. Er tritt an die Stelle eines Wirtschaftsparteilers.

Um die Besetzung des bayrischen Handelsministeriums.

◇ München, 5. März. Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros aus parlamentarischen Kreisen hört, ist in den Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien über die künftige Führung des Handelsministeriums insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als nunmehr der unpolitische Staatssekretär, dem die Führung des Ministeriums obliegen wird, inzwischen nominiert worden ist. Es handelt sich um einen höheren Beamten des Handelsministeriums, der der Deutschnationalen Volkspartei nahe steht, dessen Name jedoch zunächst noch nicht genannt wird.

Hitler darf wieder in Bayern sprechen.

◇ München, 5. März. Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros zuverlässig erfährt, wird Adolf Hitler morgen, Sonntag, in Vilsbiburg zum erstenmal seit etwa zwei Jahren wieder in Bayern als Redner in einer öffentlichen Versammlung auftreten. Ein Verbot dieser Versammlung ist bisher nicht ergangen und ist, wie verlautet, auch nicht zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß ein generelles Redeverbot gegen Adolf Hitler nicht bestanden hat.

Ein schweres Betriebsunglück.

× Duisburg, 6. März. Heute morgen gegen 7,30 Uhr stürzte auf der niederrheinischen Hütte in Duisburg-Hochfeld, etwa 10 Minuten nach einem vorausgegangenen Hochofenabstich, bei dem etwa 20 Arbeiter zugegen waren, die 45 mal 30 Meter große Gießereihütte, zum Hochofen 3 gehörend, zusammen, riß den darin befindlichen Laufkran mit in die Tiefe, wobei mehrere Arbeiter unter seinen Trümmern begraben wurden. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich schwierig, da mittels Brennapparaten die Eisenkonstruktion zerschnitten werden mußte, um zu den Verunglückten zu gelangen. Ein Arbeiter, Vater von 6 Kindern, konnte nur als Leiche geborgen werden. ein weiterer Arbeiter wurde mit schweren Quetschungen und Rückenwunden unter den Trümmern hervorgezogen, während mehrere andere Arbeiter nur leicht verletzt wurden. Die gerichtliche und polizeiliche Untersuchung zur Aufklärung des Unglücksfalles sind eingeleitet.

Auswanderertragik.

Im Januar machten zwei Italiener D. Garofoli und F. Pagagni, in Genua die Bekanntschaft eines Mannes, der ihnen versprach, er werde ihnen helfen, als blinde Passagiere nach Nordamerika zu fahren. Für seine Vermittlung mußten sie ihm zusammen 1500 Lire voraus bezahlen und sich außerdem verpflichten, ihm sofort nach der Ankunft im neuen Vaterland hundertvierzig Dollar zu geben. Sie reisten darauf in einem Versteck an Bord eines Schiffes von Genua nach Marseille und von dort mit dem Vermittler mit der Eisenbahn nach Rotterdam. Sie zogen in ein Hotel und lernten dort durch ihren Vermittler einen vierten Italiener kennen, der ihnen zu einem Dampfer verhelfen sollte, auf dem sie „blind" die Ueberfahrt machen könnten. Auch diesem Mann mußten sie eine Anzahlung leisten, und zwar hundert Dollar. Nachdem die Summe erlegt war, wurde vereinbart, daß der zweite Vermittler nach der Ankunft in Amerika ebenfalls hundertvierzig Dollar bekommen sollte, und nun stellte dieser den zwei Auswanderungslustigen [illegible] vor, der zur Bemannung eines Schiffes gehörte, das bald nach Amerika in See gehen mußte.

Donnerstag, den 17. Februar empfingen Garafoli und Papagni die Nachricht, daß alles vorbereitet sei, um sie auf das Schiff zu schmuggeln. Die zwei Vermittler brachten sie abend an einen ihnen unbekannten Ort, wo der Amerikaner mit einem Automobil wartete. Nachdem der Kraftwagen ein Stück gefahren war, mußten die zwei Auswanderer aussteigen. Sie befanden sich damals dicht am Hafen und der Amerikaner führte sie an Bord eines Dampfers und von dort in einen kleinen Raum, der wie eine Vorratskammer aussah, ganz unten im Schiff. In dem Raum lagen zwei Matratzen, die ihnen während der Ueberfahrt als Schlafstelle dienen sollten. Der Amerikaner ließ die beiden Italiener bald allein und diese gingen sogleich schlafen. Nachts, es mochte ungefähr 3 Uhr sein, wurden sie durch Gepolter geweckt. Drei Kerle drangen in die Kammer und fielen über die Versteckten her, die sie so fest über den Kopf schlugen, daß die Ueberfallenen noch am nächsten Morgen betäubt waren. Sobald die Italiener ohnmächtig waren, wurden sie von den drei Banditen ihrer Briefschaften, in denen sie zusammen 300 Dollar hatten, und der eine Italiener seiner Taschenuhr beraubt. Danach verschwanden die Räuber.

Die zwei „blinden Passagiere" waren so übel zugerichtet, daß sie nicht daran denken konnten, zu flüchten. Erschöpft und verwirrt blieben sie einige Stunden auf ihren Matratzen liegen und erst am Morgen beschlossen sie, das Schiff zu verlassen. Es glückte ihnen mit einiger Mühe unbemerkt von Bord zu kommen. Sie gingen dann ins italienische Konsulat, wo sie ihr Abenteuer erzählten. Der Konsul erstattete sofort die Anzeige bei der Polizei, die die Italiener zu sich beschied. Die beiden armen Teufel hatten die Köpfe in Bandagen und konnten den Hergang der Sache nicht genau wiedergeben. Man ging daher mit den Italienern zum Hafen und ließ sich von ihnen den Dampfer zeigen, auf den man sie gelockt hatte. Sie wiesen sofort auf das amerikanische Schiff „West Apan", das im Begriff war abzudampfen. Die Polizei begab sich an Bord, unterrichtete den Kapitän von dem Geschehenen und ließ die ganze Bemannung antreten, weil man vermutete, daß die Räuber sich unter ihr befinden müßten. Die Italiener konnten jedoch in keinem der Leute die Räuber erkennen. Es stellte sich aber heraus, daß ein Mann der Bemannung noch fehle, ein fünfundzwanzigjähriger Heizer. Er kam im letzten Augenblick vollkommen betrunken an Bord. Ihn bezeichneten die zwei Italiener sogleich als einen der Banditen, worauf er festgenommen und ins Gefängnis gebracht wurde. Die Nachforschungen nach den zwei anderen Räubern werden fortgesetzt. Der Dampfer „West Apan" ist inzwischen abgereist. Die zwei beraubten Italiener hatten alle ihre Ersparnisse verloren und standen ohne Geldmittel da.

Von Nah und Fern.

Zum Braunaulick auf Zeche de Wendel.

:: Dortmund, 6. März. Das Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Die Abdämmungsarbeiten bei dem Grubenbrand auf Zeche de Wendel nähern sich ihrem Ende. Zur Sicherheit ist für die Dauer der letzten Arbeiten am Samstag abend die gesamte Belegschaft aus der Grube herausgezogen worden. Es ist voraussichtlich damit zu rechnen, daß der Betrieb am Montag wieder aufgenommen werden kann.

Verhaftung im Zigeunerlager.

+ Satzvey i. d. Eifel, 5. März. Eine Zigeunerbande, die in einer hiesigen Wirtschaft Musik machte, wurde dabei überrascht, als sie anscheinend einen Einbruch verüben wollte. Beim Durchsuchen eines der Zigeunerwagen wurde ein Mann ermittelt, der wegen Mordverdachtes von der Nürnberger Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt wurde. Der Festgenommene legte ein volles Geständnis ab.

Hoteldiebstahl.

◇ Berlin, 5. März. In einem großen Hotel in der City wurde heute nacht ein schwerer Diebstahl verübt. Als ein Großindustrieller mit seiner Gattin heute früh von einer Privatfestlichkeit in das Hotel zurückkehrte und ihr Zimmer betraten, fanden sie das Gepäck aufgeschnitten und den Inhalt im Zimmer zerstreut. Aus einem Koffer waren Schmuckstücke im Werte von etwa 200000 Mark gestohlen.

Raubüberfall auf einen Droschkenchauffeur.

◇ Berlin, 5. März. In der vergangenen Nacht wurde ein Kraftdroschkenführer von vier Fahrgästen, die er von Berlin-Zehlendorf nach Schöneberg bringen sollte, nach Beendigung der Fahrt zu Boden geschlagen und des Autos sowie der Brieftasche beraubt. Der Ueberfallene hat schwere Verletzungen davongetragen.

Doppelselbstmord.

◆ Kroffen a. d. Oder, 5. März. Heute früh wurden bei dem Dorfe Kähmen ein etwa 35jähriger Mann und eine 20 Jahre alte Frau tot aufgefunden. Sie hatten durch Kopfschüsse und augenscheinlich im gegenseitigen Einverständnis Selbstmord verübt. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Polizeiassistenten Bastick und eine Gertrud Stiller aus Neusalz a. d. Oder.

Typhusepidemie in Glogau.

+ Glogau, 6. März. Die Typhuserkrankungen in Glogau haben epidemischen Charakter angenommen. In den beiden letzten Tagen sind 20 neue Krankheitsfälle zu verzeichnen. Insgesamt liegen gegenwärtig in Glogau 53 Personen an Typhus darnieder, darunter einige recht schwer. Die Erkrankungsursache konnte noch nicht festgestellt werden. Die Behörde hat umfangreiche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.

Mord und Selbstmord.

)(Stuttgart, 6. März. Am Samstag nachmittag hat der von seiner Frau getrennt lebende Zimmermaler Keil die ledige Verkäuferin Julie Sack in ihrer elterlichen Wohnung durch einen Messerstich getötet. Nach Verübung der Tat brachte sich der Täter Schnittwunden an den Pulsadern bei. Er wurde in das Polizeikrankenhaus geschafft.

80 Opfer eines Dampferzusammenstoßes.

(:) Paris, 6. März. Nach einer Meldung aus Schanghai stießen gestern auf dem Jangtse zwei Passagierdampfer zusammen. Der eine mit 80 Passagieren sank in wenigen Minuten, niemand konnte gerettet werden.

Die Nachforschung nach den vermißten uruguayschen Fliegern.

◇ Casablanca, 5. März. Die Nachforschungen nach den uruguayschen Fliegern Large und Borges haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Ein weiteres Kriegsschiff ist von Casablanca abgesandt worden. Ebenso hat das in Agadir liegende Geschwader von Gotha-Flugzeugen Erkundigungsflüge unternommen. Die Verkehrsflugzeuge die die Verbindung zwischen Casablanca und Dakar sichern, haben Weisung erhalten, längs der Küste im Verlaufe ihrer regelmäßigen Flüge nach den uruguayschen Fliegern zu forschen.

Schwerer Cyklon in Madagaskar.

•:• London, 5. März. Wie Lloyd meldet, sind Stadt und Hafen von Tamatave im Madagaskar durch einen Cyklon vollständig vernichtet worden. Fünf Schiffe sind gesunken. Der angerichtete Schaden beträgt über 100 Millionen Francs.

Haushaltsausschuß des Reichstages.

◆ Berlin, 5 März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fort. Die dem Unterausschuß überwiesenen Kapitel, zunächst über die Besoldungen, wurden nach dem Antrag des Unterausschusses genehmigt. Der Titel „Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke" wurde um 500 000 Reichsmark erhöht. In einer Entschließung wurde allgemein ersucht, mit den Ländern wegen der Bereitstellung von Mitteln für Studentenhäuser in Verbindung zu treten. Für die

Junglehrer

wurden 2½ Millionen bereit gestellt. Der Titel, der die Erhaltung von Bauwerken von besonderer geschichtlicher Bedeutung betrifft, wurde von 600 000 Reichsmark auf 900 000 Reichsmark erhöht. Es folgte die Beratung der Etatstitel über die Förderung der von der

„Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft"

verfolgten Zwecke und ihrer besonderen Wissenschaftsaufgaben.

Abg. Dr. Dr. etc. h. c. Schreiber (Ztr.) verwendete sich für das neue Arbeitsprogramm der Notgemeinschaft. Der Präsident der Notgemeinschaft Schmidt-Ott erinnerte an die außerordentliche Entwicklung, die Wissenschaft und Technik in den letzten Jahrzehnten durchgemacht haben. Die Mittel aber, die der Forschung zur Verfügung stehen, haben damit in keiner Weise Schritt gehalten.

Die einschlägigen Etatstitel mit insgesamt 8 Millionen Reichsmark wurden genehmigt. Der Etatstitel zum Reichskunstwart wurde alsdann genehmigt und dazu eine Entschließung Dr Külz (Dem.) angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, das

Amt des Reichskunstwarts alsbald zu einer selbständigen Reichsbehörde auszugestalten.

Abg. Dr. Mumm (Dn.) fordert eine neue Durchsicht der Einheitsstenographie.

Der Etatstitel „Zur Förderung von Bestrebungen auf dem Gebiete des Schul-Erziehungs- und Volksbildungswesens" wurde von 250 000 Mark auf 300 000 Mark erhöht. Der Etatstitel „Förderung des Turn- und Sportwesens" wurde um 500 000 Mark erhöht. Von dem Mehrbetrag soll ein beträchtlicher Teil der Verbesserung und dem Ausbau von Jugendherbergen und Jugendwanderheimen zugeführt werden. Angenommen wurde dann eine Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, nach Benehmen mit den Ländern einen Bericht darüber vorzulegen, in welchem Umfange

die tägliche Turnstunde

eingeführt ist. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, einen Entwurf zu einem Reichsbewahrungsgesetz vorzulegen. Beim Etatstitel „Förderung der auf sittliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend gerichteten Bestrebungen" beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung zu ersuchen, diesen Etatstitel sowie die Erziehungsbeihilfen durch Ergänzungshaushalt oder durch den nächsten Reichshaushalt angemessen zu erhöhen. Angenommen wurde eine Entschließung, im Einvernehmen mit den Ländern die berufliche Fortbildung, im besonderen die handwerksmäßige Schulung, die staatsbürgerliche Erziehung und körperliche Ertüchtigung bei der schulentlassenen erwerbslosen Jugend zu erweitern. Des weiteren wurde eine Entschließung angenommen, daß erwogen werden soll, im Völkerbund zu internationalen Abmachungen behufs

Erleichterung der Lage der Staatenlosen

zu kommen. Damit war die Etatsberatung über das Reichsministerium des Innern bis auf den Punkt über die Unterstützung der Grenzgebiete und einige andere weniger wesentliche Punkte erledigt und der Ausschuß vertagte sich auf Montag.